

Kleine Anfrage der Fraktion der SPD

Öffnung des Jobcenters Bremen für die persönliche Beratung

Zum Schutz der Kundinnen und Kunden und Beschäftigten wurden im Jobcenter Bremen wie in anderen Jobcentern im Bundesgebiet zwischen März und Mai 2020 keine persönlichen Beratungen durchgeführt. Eine gute schriftliche, telefonische und online-Erreichbarkeit des Jobcenters Bremen war jedoch stets angestrebt und wurde von vielen Kundinnen und Kunden angenommen.

Im Rahmen der gemeinsamen Empfehlung des Bund-Länder-Ausschusses nach SGB II zur schrittweisen Erweiterung des Publikumsverkehrs in den Jobcentern wird unter Berücksichtigung des Gesundheitsschutzes auch im Jobcenter Bremen eine möglichst schnelle Rückkehr zum Regelbetrieb angestrebt. Dazu werden derzeit spezielle Servicebüros eingerichtet, durch die der Gesundheitsschutz gewährleistet ist. 22 der 34 geplanten Büros sind bereits für Beratungsgespräche verfügbar.

Dies ist insbesondere wichtig, um allen Kundinnen und Kunden, Jungen wie Älteren, Menschen mit digitalen Endgeräten oder ohne sowie Medien-Kompetenzen oder Sprachbarrieren jederzeit gleichermaßen den Kontakt zum Jobcenter zu ermöglichen. Persönliche Beratungen sind oftmals nicht zu ersetzen, in bestimmten Situationen dringend geboten und deswegen unbedingt umfassend sicherzustellen.

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Kundinnen und Kunden suchten das Jobcenter vor dem Corona-Shutdown monatlich durchschnittlich auf? Mit wie vielen Kundinnen und Kunden sind seit Juni 2020 persönliche Gesprächstermine in den Jobcentern vereinbart worden? (Bitte Angabe von Zahlen für die Monate Juni, Juli, August und wenn möglich September.)
 - a) Wie viele Vor-Ort-Termine wurden monatlich aufgrund von persönlichen Not- oder Krisensituationen von Kundinnen und Kunden vereinbart?
 - b) Wie viele Vor-Ort-Termine wurden monatlich jenseits einer Notlage vereinbart?
 - c) Mit wie vielen Kundinnen und Kunden unter 25 Jahren wurden monatlich aufgrund von persönlichen Krisensituationen oder jenseits einer Notlage Vor-Ort-Termine vereinbart?
 - d) Über welche digitalen Zugänge ist der Kontakt zwischen Jobcenter und Kundinnen oder Kunden möglich? Welche Rolle spielen dabei bildgebende Verfahren?
 - e) Ist dem Senat bekannt, über welche Wege Personengruppen, die aufgrund fehlender digitaler Endgeräte oder fehlender Sprachkenntnisse keinen Kontakt zum Jobcenter haben, ihre Angelegenheiten mit dem Jobcenter regeln?

2. Werden bestimmte Personengruppen vorrangig für persönliche vor-Ort-Beratungen berücksichtigt und entsprechend eingeladen? Wenn ja, welche sind dies? Wie werden dabei insbesondere die Unter-25-Jährigen im Hinblick auf die Suche nach Ausbildungsplätzen berücksichtigt?
3. Wie vielen Kundinnen und Kunden, die den Wunsch nach einem persönlichen Gesprächstermin geäußert haben, wurde dieser verwehrt? Welche Gründe gab es dafür?
4. Wie werden die persönlichen Beratungen derzeit umgesetzt? Werden die Kundinnen und Kunden eingeladen oder müssen sie Interesse an einem Vor-Ort-Termin bekunden? Inwieweit ist die Begleitung durch Sprachmittlerinnen und Sprachmittler oder eine anderweitige persönliche Begleitung sichergestellt?
5. Wie viele persönliche Beratungen sind in den 22 Servicebüros aktuell täglich möglich? Wie viele persönliche Beratungen waren vor Beginn der Covid-19-Pandemie im März 2020 täglich möglich?
6. Wie viele der Integrationsfachkräfte verfügen über entsprechend ausgestattete Büros? Und in wie vielen steht noch die Umrüstung aus? Bis zu welchem konkreten Zeitpunkt wird die Umrüstung vollständig erfolgt sein?
7. Wie und in welchem zeitlichen Rahmen erfolgt die weitere Öffnung des Jobcenters Bremen für die persönliche Vor-Ort-Beratung?
8. Wann werden die Eingangszonen des Jobcenters mit entsprechendem Hygienekonzept wieder mindestens teilweise geöffnet, sodass Kundinnen und Kunden dort Zugang zum bisherigen Service erhalten können? (Kostenloses Kopieren, Eingangsstempel für eingereichte Unterlagen, Aushändigung von Antragsunterlagen.)
9. Die meisten Beratungsstellen in Bremen, so auch Sozialberatungsstellen freier Träger, sind für den Publikumsverkehr seit mehreren Wochen wieder geöffnet. Wie legitimiert der Senat vor diesem Hintergrund die Sonderstellung des für die wichtige Integrationsarbeit zuständigen Jobcenters?

Birgitt Pfeiffer, Jasmina Heritani, Mustafa Güngör
und Fraktion der SPD